



# Afrika Jahrbuch 2001

# **Afrika**

Jahrbuch 2001

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft  
in Afrika südlich der Sahara

Herausgeber:

Institut für Afrika-Kunde

Rolf Hofmeier/Andreas Mehler

Leske + Budrich, Opladen 2002

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei Der Deutschen Bibliothek erhältlich

ISBN 978-3-8100-3326-0      ISBN 978-3-322-91356-2 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-322-91356-2

© 2002 Leske + Budrich, Opladen

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Satz und Layout: Institut für Afrika-Kunde (Dr. Sylvia Steege), Hamburg

## Afrika-Jahrbuch

Das Institut für Afrika-Kunde in Hamburg legt hiermit zum fünfzehnten Mal ein Jahrbuch über Afrika vor, das regelmäßig im Spätsommer erscheint und einen kompakten und präzisen Überblick über alle wesentlichen Ereignisse des gerade abgelaufenen Jahres ermöglicht.

Behandelt werden alle 49 Länder Afrikas südlich der Sahara, während die nordafrikanischen Staaten in dem parallel erscheinenden "Nahost-Jahrbuch" erfasst werden. Diese Abgrenzung erfolgt ausschließlich aus Gründen der Praktikabilität und beinhaltet keine Aussage zur Zusammengehörigkeit aller afrikanischen Staaten.

Im Zentrum des Jahrbuchs steht die Darstellung der Entwicklungen des Berichtsjahres in den einzelnen Ländern. Sie erfolgt nach einheitlichem Schema und bietet in jedem Artikel einen Überblick über Innenpolitik, Außenpolitik und sozioökonomische Entwicklungen. Alle Länderartikel werden ergänzt durch einen vorangestellten Block mit den wichtigsten Grunddaten und eine komprimierte Chronologie der wesentlichen Ereignisse des abgelaufenen Jahres.

Länderübergreifende Entwicklungen und Aktivitäten zwischenstaatlicher Organisationen werden in zusätzlichen Artikeln über die vier Hauptregionen und in einem einleitenden Gesamtüberblick behandelt, der außerdem in geraffter Form die besonders herausragenden Ereignisse Revue passieren lässt und in einen kontinentalen Gesamtzusammenhang stellt.

Vorangestellt sind eine Darstellung der deutsch-afrikanischen Beziehungen im Berichtsjahr sowie Hintergrundartikel, in denen Probleme und Vorgänge, die besondere Aufmerksamkeit erregen, analysiert werden. Mit der vorliegenden Ausgabe werden erstmals vier Artikel zu einem Themenschwerpunkt (afrikanische Organisationen und Initiativen auf kontinentaler Ebene) veröffentlicht. Eine Literaturliste ermöglicht einen schnellen Überblick über deutschsprachige Neuerscheinungen sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Bücher über Afrika.

Das Jahrbuch wendet sich an einen sehr breit gestreuten Kreis von Afrika-Interessenten in unterschiedlichen Bereichen, die eine handliche und kompetente Aufbereitung der zentralen aktuellen Entwicklungen benötigen. Ein Anspruch auf enzyklopädische Erfassung aller Details wird angesichts des selbst gewählten Jahrbuch-Umfangs bewusst nicht erhoben. Das Jahrbuch soll vielmehr eine Orientierungshilfe im unübersichtlichen Geflecht zeitgeschichtlicher Abläufe darstellen und sich im Laufe der Zeit als wegweisendes Referenzwerk erweisen.

# Inhalt

Erläuterungen zu den Grunddaten	8
Abkürzungsverzeichnis	9

<b>Afrika 2001 - Das Jahr im Überblick</b> ( <i>Cord Jakobeit</i> )	11
<b>Deutsch-afrikanische Beziehungen 2001</b> ( <i>Steffen Bauer</i> )	19

## Aktuelle Einzelanalysen:

*Stephen Gelb:*

Die neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD): Kollektives Handeln, Engagement und Glaubwürdigkeit	26
--	----

*Vasu Gounden/Senzo Ngubane:*

Afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme: NEPAD und die afrikanische Renaissance	40
---	----

*Stefan Mair:*

Die Antwort auf NEPAD – der G8-Aktionsplan	48
--	----

*Peter Meyns:*

Die "Afrikanische Union": Afrikas neuer Anlauf zu kontinentaler Einheit und globaler Anerkennung	51
---	----

## Entwicklungen in Ländern und Regionen:

<b>Westafrika</b> ( <i>Dirk Kohnert</i> )	68
Benin ( <i>Dirk Kohnert</i> )	80
Burkina Faso ( <i>Regina Wegemund</i> )	87
Côte d'Ivoire ( <i>Cord Jakobeit</i> )	92
Gambia ( <i>Heinrich Bergstresser</i> )	98
Ghana ( <i>Heinrich Bergstresser</i> )	103
Guinea ( <i>Regina Wegemund</i> )	111
Guinea-Bissau ( <i>Johannes Augel</i> )	115
Kap Verde ( <i>Regina Wegemund</i> )	120
Liberia ( <i>Peter Körner</i> )	125
Mali ( <i>Stefanie Hanke</i> )	129
Mauretanien ( <i>Ursel Clausen</i> )	132
Niger ( <i>Regina Wegemund</i> )	136
Nigeria ( <i>Heinrich Bergstresser</i> )	141
Senegal ( <i>Sven Grimm</i> )	158
Sierra Leone ( <i>Peter Körner</i> )	163
Togo ( <i>Dirk Kohnert</i> )	167

## Inhalt

<b>Zentralafrika</b> ( <i>Andreas Mehler</i> )	173
Äquatorial-Guinea ( <i>Cord Jakobkeit</i> )	180
Gabun ( <i>Peter Körner</i> )	183
Kamerun ( <i>Andreas Mehler</i> )	188
DR Kongo ( <i>Denis Tull</i> )	195
Kongo ( <i>Peter Körner</i> )	211
São Tomé und Príncipe ( <i>Gerhard Seibert</i> )	215
Tschad ( <i>Matthias Basedau</i> )	219
Zentralafrikanische Republik ( <i>Andreas Mehler</i> )	226
<b>Östliches Afrika</b> ( <i>Rolf Hofmeier</i> )	231
Äthiopien ( <i>Nicole Hirt</i> )	240
Burundi ( <i>Regina Wegemund</i> )	246
Djibouti ( <i>Jutta Bakonyi/Mamdou Diarrassouba</i> )	254
Eritrea ( <i>Nicole Hirt</i> )	259
Kenya ( <i>Ralph-Michael Peters</i> )	265
Komoren ( <i>Rolf Hofmeier</i> )	275
Madagaskar ( <i>Dominique Rakotomalala/Nicolas Rost/Klaus-Peter Treydte</i> )	282
Mauritius ( <i>Renaud Marie/Klaus-Peter Treydte</i> )	288
Réunion ( <i>Gesche Seemann/Corinne Warnecke</i> )	295
Rwanda ( <i>Regina Wegemund</i> )	299
Seychellen ( <i>Nadine Golly</i> )	309
Somalia ( <i>Jutta Bakonyi</i> )	315
Sudan ( <i>Hanspeter Mattes</i> )	323
Tanzania ( <i>Kurt Hirschler/Rolf Hofmeier</i> )	330
Uganda ( <i>Rolf Hofmeier/Volker Weyel</i> )	345
<b>Südliches Afrika</b> ( <i>Goswin Baumhögger</i> )	355
Angola ( <i>Matthias Basedau</i> )	368
Botswana ( <i>Matthias Basedau</i> )	376
Lesotho ( <i>Armin Osmanovic/ Katharina Kuss</i> )	385
Malawi ( <i>Heiko Meinhardt</i> )	392
Mosambik ( <i>Andrea E. Ostheimer</i> )	400
Namibia ( <i>Matthias Basedau</i> )	408
Südafrika ( <i>Armin Osmanovic</i> )	413
Swasiland ( <i>Goswin Baumhögger</i> )	430
Zambia ( <i>Gero Erdmann</i> )	438
Zimbabwe ( <i>Goswin Baumhögger</i> )	448
<b>Neuerscheinungen deutschsprachiger Bücher über Afrika</b>	465
<b>Angaben zu den Autoren/Autorinnen</b>	476

## Erläuterungen zu den Grunddaten

Allen Länderartikeln ist ein kurzer Block mit den wichtigsten Grunddaten vorangestellt. Die Zahlenangaben zur **Bevölkerung** und zu den verschiedenen **Wirtschaftsindikatoren** beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf das **Stichjahr 2000**. Mit dem Ziel einer besseren Vergleichbarkeit und der Gewährleistung einer einheitlichen Umrechnung der unterschiedlichen nationalen Erhebungen wurden sie überwiegend aus den neuesten Veröffentlichungen der Weltbank (African Development Indicators 2002 und Weltbankatlas 2002) entnommen. Zahlen zu den neueren Wirtschaftsentwicklungen werden - soweit verfügbar - in den Textbeiträgen angeführt.

Der **Human Development Index (HDI)** dient als kombinierter Indikator für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Hierfür werden drei separate Indikatoren - die Lebenserwartung bei Geburt, das durchschnittliche Ausbildungsniveau und die reale Kaufkraft (PPP) des Pro-Kopf-Einkommens - auf eine Skala von 0 bis 1 projiziert. Dabei wird z.B. die niedrigste Alphabetisierungsrate mit 0 und die höchste Rate mit 1 angesetzt. Der Mittelwert aus den auf diese Weise gefundenen Meßwerten ergibt den HDI, der somit eine abstrakte Indexzahl darstellt, wobei der theoretische Bestwert bei 1 und der schlechteste Wert bei 0 liegt. Die dem Human Development Report 2002 des United Nations Development Programme (UNDP) entnommenen Angaben spiegeln die Situation im Jahr **2000** (reales Pro-Kopf-Einkommen, Lebenserwartung, Ausbildung) wider. Der Höchstwert für Norwegen lag bei 0,942, der niedrigste Wert für Sierra Leone bei 0,275. Neben den absoluten Indexzahlen ist jeweils die interne Rangordnung aller Länder (mit Ausnahme von Liberia, Réunion und Somalia) im subsaharischen Afrika nach dem HDI angegeben, d.h. von Mauritius (1) bis Sierra Leone (46). Der HDI stellt eine wichtige qualitative Ergänzung zu den Angaben über das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen (in US-\$, ausgehend von nominalen Werten und umgerechnet zu jeweiligen Wechselkursen) dar.

Die Angaben über durchschnittliche **Lebenserwartung** (in Jahren) sind dem Weltbankatlas 2002 und diejenigen über die **Alphabetisierungsrate** (Prozentanteil der Bevölkerung über 15 Jahre mit Grundkenntnissen in Lesen und Schreiben) dem Human Development Report 2002 entnommen und beziehen sich auf das Jahr 2000.

Die **Anteile am Bruttoinlandsprodukt (BIP)** verdeutlichen die relativen Anteile des Primärsektors (Landwirtschaft, Forstwesen und Fischerei einschließlich Subsistenzwirtschaft), des Sekundärsektors (Industrie und Handwerk, Bergbau, Bauwirtschaft, Strom- und Wasserversorgung) und des Tertiärsektors (Dienstleistungen und alle anderen Wirtschaftsbereiche) an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung. Die Prozentangaben zu den **Hauptexportprodukten** geben den Anteil an den Gesamtausfuhren des Landes an und sind i.d.R. den Länderberichten der Economist Intelligence Unit (EIU) entnommen; sie gelten für die jeweils letzten verfügbaren Jahre.

Die **Währungsangaben** beziehen sich auf den **offiziellen Stand zum Jahresende 2001** und sind der Devisenkursstatistik der Deutschen Bundesbank vom Januar 2002 entnommen. Die Umrechnungskurse sind in Relation zum US-Dollar angegeben; gegenüber anderen Währungen bzw. Verrechnungseinheiten ist ein Kurs von \$ 1 = DM 2,22 bzw. 1 EUR = \$ 0,89 beziehungsweise 1 SZR = \$ 1,26 zugrunde zu legen. Angesichts erheblicher Wechselkursschwankungen sind die Angaben nur als Näherungswerte zu betrachten.

Die Angaben über **Staats- bzw. Regierungschefs** und **Parteien** geben den am **Jahresende 2001** geltenden Zustand wieder.

Der **Freedom House Index (FHI)** bringt eine vom Freedom House in New York jährlich vorgenommene (von wertbeladenen Annahmen ausgehende) Einschätzung des Freiheitsgrades in Bezug auf Politische Rechte (1. Zahl) und Bürgerliche Freiheiten (2. Zahl) zum Ausdruck - mit Kennziffern zwischen 1 (frei) und 7 (unfrei). Die angegebenen Werte gelten für das Jahr 2001.



## Abkürzungsverzeichnis

ABN	Autorité du Bassin du Niger (Niamey)
ADF	African Development Fund (Abidjan); auch FAD
AfDB	African Development Bank (Abidjan); auch BAD
AKP	Afrikanische, Karibische und Pazifische Staaten im Cotonou-Abkommen mit der EU
AMU	Arabische Maghreb Union; auch UMA
ANAD	Accord du Non-Agression et d'Assistance en Matière de Défense
APPA	African Petroleum Producers' Association (Lagos)
AU	African Union (Addis Abeba), auch UA
BAD	Banque Africaine de Développement (Abidjan); auch AfDB
BADEA	Banque Arabe pour le Développement Economique en Afrique (Karthoum)
BCEAO	Banque Centrale des Etats de l'Afrique de l'Ouest (Dakar)
BDEAC	Banque de Développement des Etats de l'Afrique Centrale (Brazzaville)
BEAC	Banque des Etats de l'Afrique Centrale (Yaoundé)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMZ	Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BOAD	Banque Ouest-Africaine de Développement (Lomé)
BSP	Bruttosozialprodukt
CBLT	Commission du Bassin du Lac Tchad (N'Djamena)
CEA	Commission Economique des Nations Unies pour l'Afrique (Addis Abeba); auch ECA
CEAO	Communauté Economique de l'Afrique de l'Ouest (Ouagadougou)
CEDEAO	Communauté Economique des Etats de l'Afrique de l'Ouest (Abuja); auch ECOWAS
CEEAC	Communauté Economique des Etats de l'Afrique Centrale (Libreville)
CEMAC	Communauté Economique et Monétaire de l'Afrique Centrale
CEPGL	Communauté Economique des Pays des Grands Lacs (Gisenyi/Rwanda)
CFD	Caisse Française de Développement (Paris)
CILSS	Comité Permanent Inter-Etats de Lutte contre la Sécheresse dans le Sahel (Ouagadougou)
COI	Commission de l'Océan Indien, auch IOC
COMESA	Common Market for Eastern and Southern Africa (Lusaka)
COMESSA	Communauté des Etats du Sahel et du Sahara (Tripolis)
DAC	Development Assistance Committee (Paris)
DOM	Département d'Outre Mer
DR Kongo	Demokratische Republik Kongo
EAC	East African Community
ECA	United Nations Economic Commission for Africa (Addis Abeba); auch CEA
ECOMOG	ECOWAS Ceasefire Monitoring Group
ECOWAS	Economic Community of West African States (Abuja); auch CEDEAO
ECU	European Currency Unit
EEF	Europäischer Entwicklungsfonds (Brüssel)
EG/EU	Europäische Gemeinschaft/Europäische Union (Brüssel)
EIB	Europäische Investitionsbank (Luxemburg)
FAD	Fonds Africain de Développement (Abidjan); auch ADF
FAGACE	Fonds Africain de Garantie et de Coopération Economique (Cotonou)
FANAF	Fédération des Sociétés d'Assurances de Droit National Africaines (Dakar)
FAO	Food and Agricultural Organisation of the United Nations (Rom)
F CFA	Franc de la Communauté Financière Africaine (UEMOA)
F CFA	Franc de la Coopération Financière en Afrique Centrale (BEAC)
FOSIDEC	Fonds de Solidarité et d'Intervention pour le Développement de la Communauté Economique de l'Afrique de l'Ouest (Ouagadougou)
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries
IACO	Inter-African Coffee Organisation (Abidjan); auch OIAC

IASD	Inter-Africaine Socialiste et Démocratique (Tunis)
ICRC	International Committee of the Red Cross (Genf)
IDA	International Development Association (Washington)
IFAD	International Fund for Agricultural Development (Rom)
IFC	International Finance Corporation (Washington)
IGAD	Intergovernmental Authority on Development (Djibouti)
ILO	International Labour Organisation (Genf)
IOC	Indian Ocean Commission (Quatre Bornes); auch COI
IORARC	Indian Ocean Rim Association for Regional Cooperation (Port Louis)
IWF	Internationaler Währungsfonds (Washington)
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau (Frankfurt/Main)
MRU	Mano River Union (Freetown)
NEPAD	New Partnership for Africa's Development
OAMCAF	Organisation Africaine et Malgache du Café (Paris)
OATUU	Organisation of African Trade Union Unity (Accra)
OAU	Organisation of African Unity (Addis Abeba), auch OUA
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development (Paris)
OIAC	Organisation Interafricaine du Café (Abidjan; auch IACOL)
OIC	Organisation of the Islamic Conference (Djidda; auch OCI)
OMVG	Organisation de la Mise en Valeur du Fleuve Gambie (Dakar)
OMVS	Organisation pour la Mise en Valeur du Fleuve Senegal (Dakar)
OPEC	Organisation of Petroleum Exporting Countries (Wien)
PALOP	Países Africanos de Lingua Oficial Portuguesa
PANA	Pan-African News Agency (Dakar)
PRGF	Poverty Reduction and Growth Facility des IWF
PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper
SACU	Southern African Customs Union (Pretoria)
SADC	Southern African Development Community (Gaborone)
SAF	Structural Adjustment Facility des IWF
SAP	Strukturanpassungsprogramm
STABEX	Stabilisation of export earnings from agricultural commodities (Lomé-Abkommen)
SYSMIN	Special financing facility for mining products (Lomé-Abkommen)
SZR	Sonderziehungsrechte des IWF
TOM	Territoire d'Outre Mer
UA	Union Africaine
UEMOA	Union Economique et Monétaire Ouest-Africaine (Ouagadougou)
UDEAC	Union Douanière et Economique de l'Afrique Centrale (Bangui)
UMA	Union du Maghreb Arabe; auch AMU
UMOA	Union Monétaire Ouest-Africaine (Dakar)
UN	United Nations (New York); auch UNO
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development (Genf)
UNDP	United Nations Development Programme (New York)
UNEP	United Nations Environment Programme (Nairobi)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation (Paris)
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees (Genf)
UNICEF	United Nations Children's Fund (New York)
UNIDO	United Nations Industrial Development Organisation (Wien)
UNO	United Nations Organisation (New York); auch UN
USAID	United States Agency for International Development (Washington)
WFP	World Food Programme (Rom)
WHO	World Health Organisation (Genf)
WTO	World Trade Organisation (Genf)
ZAR	Zentralafrikanische Republik

## Afrika 2001 – Das Jahr im Überblick

### Ein Kontinent mit gemischter Bilanz

Im Jahr 2001 zeigte die Entwicklung im subsaharischen Afrika erneut kein einheitliches Bild. Im Gegensatz zur medial häufig verfestigten Wahrnehmung vom "verlorenen Kontinent" ergab die differenzierte Betrachtung durchaus auch einige Entwicklungen, die als Hoffnungszeichen gewertet werden konnten. Dazu zählten vor allem die fortschreitende Liberalisierung politischer Herrschaft im Transitionsprozess einiger Staaten, in denen es zu friedlichen, durch freie Wahlen herbeigeführten Machtwechseln kam, die nicht ganz erfolglosen Friedensbemühungen im Konflikt in und um die DR Kongo und in Sierra Leone, die unverkennbare, gleichwohl immer noch sehr langsame und schwierige Deeskalation von zwischenstaatlichen (Äthiopien und Eritrea) und einigen innerstaatlichen Konflikten (Côte d'Ivoire, Tanzania), die wirtschaftlichen Erfolge in einigen Ländern sowie die einsetzende Entlastung in der Verschuldungssituation von insgesamt 19 afrikanischen Staaten im Rahmen der HIPC-Entschuldungsinitiative von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF). Gleichzeitig unterstrichen die Zuspitzung der Landfrage in Zimbabwe, die fortgesetzte Drangsalierung oppositioneller Kräfte in vielen Staaten, die ethnisch-religiösen Zusammenstöße in Nigeria, die Aids-Pandemie mit Schwerpunkt im südlichen Afrika, die Vielzahl ungelöster politischer, ökonomischer und sozialer Krisen sowie die hohe Zahl fortdauernder innerstaatlicher Konflikte und Kriege mit ihren vielfach verheerenden Auswirkungen auf weite Teile der Bevölkerung, dass das negative Bild des Kontinents in den Medien keineswegs nur ein unfundiertes Konstrukt ist.

### Afrika und der 11. September

Zweifellos bewirkten auch für Afrika die Ereignisse vom 11. September 2001 in den USA eine Zäsur, bei der die negativen Auswirkungen zu überwiegen schienen. Zwar hielten sich die Solidaritätsbekundungen mit den Terroristen in engen Grenzen und es wurde zu Recht auf den vergleichsweise toleranten Charakter des Islam in West- und Ostafrika verwiesen, aber die ethnisch-religiösen Spannungen, die es schon vor dem 11. September in Staaten wie Südafrika, Tanzania, Kenya, Äthiopien oder der Côte d'Ivoire gegeben hatte, wurden zumindest tendenziell durch die schrecklichen Ereignisse in New York und Washington weiter angefacht. In Zimbabwe und Somalia zeigte sich deutlich der auch andernorts zu beobachtende Effekt, dass einige Regierungen bzw. politische Kontrahenten im Zuge des "Kampfes gegen den Terror" der Versuchung nicht widerstehen konnten, die innenpolitischen Gegner nunmehr als "Terroristen" zu diffamieren und zu bekämpfen. Dagegen reagierte das offizielle Afrika auf die Ereignisse des 11. September bei einem eintägigen Treffen in Senegal am 17.10. im Beisein von zehn Staats- und Regierungschefs des Kontinents mit der Verabschiedung eines "Afrikanischen Paktes gegen den Terrorismus", den die US-Regierung bereits nach den Bombenanschlägen auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi und Dar es Salam vom August 1998 gefordert hatte. Gleichzeitig wurden auch Stimmen laut, die vor den negativen Folgen einer intensivierten Bekämpfung des Terrorismus warnten, weil dadurch xenophobe Tendenzen und Vorbehalte gegen muslimische Flüchtlinge und Migranten geschürt werden könnten.

Direkt nach dem 11. September konzentrierte sich das US-amerikanische Interesse auf das Horn von Afrika, wo einige Zellen der al-Qa'ida-Terrororganisation vermutet wurden. Die sudanesishe Führung bekannte sich sofort zum "Kampf gegen den Terror" und nutzte die eigenen Erkenntnisse über al-Qa'ida, die den USA zuvor vergeblich angeboten worden waren, um die bilateralen Beziehungen zur westlichen Führungsmacht wieder zu verbessern. Kenya, Äthiopien und Eritrea erkannten das herrschaftsstabilisierende Potenzial des wiedererwachten US-amerikanischen Interesses an der Region und beeilten sich, den USA ihre Solidarität und Kooperationsbereitschaft zu signalisieren. Konzentriert war das Interesse der USA zunächst auf Somalia, das auch im Berichtsjahr von fortgesetzten kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Clans erschüttert wurde. Als eine der ersten Maßnahmen der US-Regierung gegen Somalia wurden im November sämtliche internationalen Konten des somalischen Finanzinstitutes *al-Barakaat* eingefroren und die internationalen Telekommunikationsverbindungen in das kriegszerstörte Somalia

unterbrochen. Die USA begannen mit der intensiven Luftüberwachung Somalias, entsandten Spezialtruppen in die Region und erweckten zeitweilig den Anschein, als ob mit Hilfe äthiopischer Truppenverbände ein Einmarsch in Somalia unmittelbar bevorstünde. Die deutsche Regierung erklärte sich im November bereit, bei einer Militäraktion gegen Somalia die Seerouten um das Horn von Afrika zu überwachen und logistische und medizinische Unterstützung zu gewähren. Am 3.12. begann die Bundesmarine mit den Vorbereitungen für die Stationierung der vorgesehenen Marineverbände im Hafen von Djibouti.

Für Afrika insgesamt wurden vor allem negative ökonomische Folgen des 11. September befürchtet, die allerdings im Berichtsjahr noch nicht ins Gewicht fielen. Nachdem durch die *New Africa Initiative* (NAI), die von den Staatschefs Südafrikas, Nigerias, Algeriens und Senegals auf dem G8 Gipfel im Juli in Genua vorgestellt worden war und auf die die Staats- und Regierungschefs der G8 mit der Zusage der Ausarbeitung eines eigenen Afrika-Aktionsplanes reagiert hatten, die ökonomische, finanzielle und soziale Marginalisierung Afrikas im Verlauf der Globalisierungsprozesse auf die internationale Agenda gerückt war, bedeutete die nach dem 11. September rasch spürbar werdende globale Wirtschaftsrezession einen herben Rückschlag. Sinkende Steuereinnahmen und Haushaltsumschichtungen zugunsten der Verteidigungsanstrengungen in den wichtigen Geberländern - so die Befürchtung aus afrikanischer Perspektive - könnten sich mittelfristig leicht in Kürzungen bei den Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit und für humanitäre Maßnahmen niederschlagen, auch wenn immer wieder auf die eigentlichen Ursachen des Terrorismus durch Armut und Unterentwicklung hingewiesen wurde. Die Rezession in den Industrieländern könnte leicht die ohnehin labilen Rohstoffpreise auf weitere Talfahrt schicken, die Direktinvestitionen nach einer erneuten Abwägung der Risiken reduzieren, die Einnahmen aus der Tourismusbranche empfindlich treffen und die Transferzahlungen afrikanischer Migranten reduzieren, auf die Familienangehörige in Afrika dringend angewiesen waren.

### **Positive Entwicklungen**

Dennoch sollten die Ereignisse nach dem 11. September die positiven Entwicklungen im subsaharischen Afrika nicht völlig überdecken. Denn auch im Berichtsjahr kam es in Afrika zu demokratischen Transitionsprozessen, bei denen es in friedlichen und freien Wahlen gelang, einen Regierungswechsel herbeizuführen. Zu nennen wären z.B. der erst zu Beginn des Berichtsjahres in Ghana endgültig vollzogene Machtwechsel, die Konsolidierung der Herrschaft von Präsident Wade in Senegal nach den Parlamentswahlen im Mai oder der Regierungswechsel auf Kap Verde im Januar bzw. Februar. Im Vergleich zur Situation vor 1989/90 hat sich gut ein Jahrzehnt später die Zahl der Demokratien in Afrika auf inzwischen rund zehn Staaten verdreifacht, auch wenn die Konsolidierung in diesen Fällen angesichts der fortbestehenden ökonomischen und sozialen Defizite keineswegs als sicher gelten sollte.

Aus afrikanischer Perspektive positiv zu vermerken war außerdem die vorzeitige Bestätigung von UN-Generalsekretär Kofi Annan für eine zweite Amtszeit an der Spitze der Vereinten Nationen. Die vorgezogene Nominierung und die Bestätigung durch die UN-Generalversammlung am 29.6. wurden vielfach als "Vertrauensbeweis ohne Beispiel" für den Diplomaten aus Ghana gewertet.

In der stereotypen Wahrnehmung der Entwicklungen in Afrika wurde auch leicht übersehen, dass die Vermittlungsbemühungen in den zwischen- bzw. innerstaatlichen Konflikten des Kontinents nicht immer erfolglos waren. So einigten sich z.B. Äthiopien und Eritrea nach ihrem Grenzkrieg von 1998 bis 2000 im Februar des Berichtsjahres unter Vermittlung der UN auf den genauen Verlauf der Pufferzone von 25 km zwischen den beiden Ländern. Die Pufferzone wurde von UN-Friedenstruppen (UNMEE) überwacht, und beide Länder hatten sich zudem darauf verständigt, den genauen Grenzverlauf von einem Spruch des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag abhängig zu machen. Damit waren die Chancen gestiegen, dass einer der blutigsten Kriege der letzten Jahre friedlich beendet werden konnte, obwohl die beiden ehemaligen Waffenbrüder und heutigen erbitterten Feinde von einer abschließenden Regelung aller Probleme und Streitigkeiten noch weit entfernt schienen.

**Schwieriges Konfliktmanagement: Das Beispiel DR Kongo**

Wie schwierig sich das Konfliktmanagement und die Realisierung einer konkreten Friedensperspektive dennoch gestalteten, wurde nachdrücklich durch die beiden Großkonflikte in und um die DR Kongo und Sierra Leone deutlich. Zwar schien der Amsantritt von Joseph Kabila nach der Ermordung von Laurent Kabila im Januar des Berichtsjahres zunächst neue Friedensperspektiven zu eröffnen, da sich Joseph Kabila nicht mehr grundsätzlich wie sein Vorgänger gegen die schrittweise Umsetzung des Lusaka-Friedensabkommens von 1999 wehrte, aber die Verhandlungen zwischen den zahlreich am Konflikt beteiligten in- und ausländischen Akteuren erwiesen sich erneut als schwierig und langwierig. In der UN-Resolution 1341 vom 22.2. erklärten sich die Krieg führenden Parteien zunächst bereit, mit der Entflechtung und dem Rückzug von mehr als 15.000 Soldaten zu beginnen und innerhalb von drei Monaten detaillierte Pläne für den Abzug der ausländischen Truppen vorzulegen. Am 28.3. begann mit der Landung von 110 UN-Blauhelmsoldaten auf dem Flughafen von Goma die Stationierung der MONUC-Verbände zwischen den Kriegsparteien. Damit war zwar die Gefahr eines erneuten Aufflammens des Krieges an der Hauptkampflinie zumindest eingeschränkt, aber im Hinterland ging das brutale Vorgehen der verschiedenen Milizen und Rebellengruppen gegen die Bevölkerung mit wechselnder Brutalität und Intensität weiter. Der innerkongolesische Dialog begann am 20.8. mit einem Vorbereitungstreffen in Gaborone, wo sich die beteiligten Gruppierungen darauf verständigten, Mitte Oktober in Addis Abeba mit dem eigentlichen Dialog zu beginnen. Anfang September kündigte Namibia, das seit August 1998 insgesamt 2.000 Soldaten zur Unterstützung der Regierung Kabila in der DR Kongo stationiert hatte, den vollständigen Truppenabzug an. Trotz dieser Deeskalationsmaßnahme schien ein erneutes Scheitern des Lusaka-Friedensabkommens unvermeidlich, als die Regierungsdelegation den innerkongolesischen Dialog in Addis Abeba Mitte Oktober bereits nach vier Tagen abbrach, weil ihrer Meinung nach die Gespräche ohne die Teilnahme wichtiger weiterer Gruppen sinnlos wären. Unterdessen wurden aus Kivu neue Kämpfe gemeldet. Erst bei einem erneuten Vorbereitungstreffen der Konfliktparteien gelang es der UN im Dezember in Abuja, eine Einigung über die Tagesordnung und die Zusammensetzung der Delegationen für die Friedensgespräche zu erzielen, die Anfang 2002 in Südafrika fortgesetzt werden sollten. Der mühsame Friedensprozess wurde zusätzlich durch die gewachsenen Spannungen zwischen Uganda und Rwanda, die Zersplitterung der kongolesischen Opposition sowie durch die ökonomischen bzw. finanziellen Zwänge der Kriegswirtschaft erschwert, da alle bewaffneten in- und ausländischen Verbände durch die erlangte oder angestrebte Kontrolle über bestimmte Rohstoffressourcen (vor allem Diamanten, Gold und Coltan) ein nur begrenztes Interesse an einer friedlichen Beilegung des Konfliktes hatten.

**Schwieriges Konfliktmanagement: Das Beispiel Sierra Leone**

Die ökonomische Konfliktkomponente war auch für die fortdauernden kriegerischen Auseinandersetzungen im Umfeld des Bürgerkrieges in Sierra Leone eine mitentscheidende Größe, da die angestrebte oder verteidigte Kontrolle über die Diamantenvorkommen in Sierra Leone oder über die Holzbestände in den Nachbarländern immer wieder zu Kämpfen führte. Von Ende 2000 bis April 2001 kam es zu heftigen Gefechten zwischen Regierungstruppen aus Guinea und Rebellverbänden aus Sierra Leone, die wiederum von Regierungstruppen aus Liberia unterstützt wurden. Diese Kämpfe führten zu einer Massenflucht aus Sierra Leone und Liberia, bei der zeitweilig bis zu 400.000 Flüchtlinge zwischen den Fronten umherirrten. Die humanitäre Katastrophe konnte nur durch den raschen Einsatz von UNHCR und anderen Hilfsorganisationen vermindert werden. Erst als die Regierung in Conakry im Mai der Verlagerung von Flüchtlingscamps in das Landesinnere zustimmte, entspannte sich die Situation. Das Kriegsgeschehen verlagerte sich ab Mitte des Berichtsjahres in den Norden Liberias, wo es der bewaffneten Opposition gegen die Regierung von Charles Taylor, die seit dem Mai des Berichtsjahres mit einem Diamanten- und Waffenembargo der UN belegt war, gelang, mit der Unterstützung Guineas die militärische Initiative zu übernehmen. Dagegen zeichnete sich für die Situation in Sierra Leone, das seit über zehn Jahren von einem blutigen Bürgerkrieg zerrissen worden war, zum Ende des Berichtsjahres eine unverkennbare Entspannung der Situation ab. Durch die fortgesetzte Präsenz britischer Truppen in Freetown und durch das Anwachsen der weltweit größten UN-Friedenstruppe (UNAMSIL) auf rund 17.000

Blauhelmsoldaten wurden die Rebellen der RUF zunehmend aus ihren vorherigen Stützpunkten verdrängt. Mit der Entwaffnung von rund 20.000 Rebellen hatten sich Ende 2001 die Voraussetzungen für eine Stabilisierung der Lage in Sierra Leone deutlich verbessert. Ob diese relative Stabilität aber angesichts der militärischen Zuspitzung der Lage im benachbarten Liberia auch über die vorgesehenen Wahlen im Frühjahr 2002 in Sierra Leone hinaus Bestand haben konnte, musste sich erst noch erweisen.

### **Fortdauernde Kriege und Konflikte**

Neben den genannten Kriegen in der DR Kongo und in Sierra Leone mit ihren jeweils übergreifenden regionalen Dimensionen blieb der Kontinent auch im Jahr 2001 weiter stark belastet durch eine Vielzahl gewaltsam ausgetragener, meist schon langlebiger Konflikte mit unterschiedlicher Intensität. Insbesondere galt dies weiterhin für Angola, Burundi, die Zentralafrikanische Republik (ZAR), Somalia und Sudan, aber - in territorial und zeitlich etwas begrenzter Form - auch für Guinea, die Komoren, Rwanda, Senegal, Tschad und Uganda. Damit war wiederum ein knappes Drittel aller Staaten im subsaharischen Afrika mehr oder weniger intensiv von gewaltsamer Konfliktaustragung betroffen. Zuspitzungen der Lage gab es im Berichtsjahr u.a. auf den Komoren und in der ZAR. Auf den Komoren gab es zwar erneut mehrere Putschversuche, gleichwohl aber nach Abhaltung eines Referendums über eine neue Verfassung zum Jahresende berechnete Hoffnung auf einen Neuanfang. In der ZAR, in der die UN ihr militärisches Engagement im Vorjahr beendet hatte, kam es am 28.5. zu einem gescheiterten Putschversuch, in dessen Folge die Regierung Truppen aus Libyen sowie Rebellenverbände aus der DR Kongo anforderte, um die militärische Lage kontrollieren zu können. Von einer stabilen Post-Konfliktphase, die durch das UN-Engagement erreicht werden sollte, war die ZAR damit weiter entfernt denn je.

Ebenso wie die Dauer anhaltender Konflikte fand auch die Zuspitzung des gewaltsamen Konfliktaustrags in den meisten Fällen international kaum besondere Beachtung. Die Bemühungen der restlichen Welt um einen aktiven Beitrag zur Beilegung der vorhandenen Konflikte verharteten auf einem ausgesprochen niedrigen Niveau und wurden zudem ab dem 11. September völlig durch neue Prioritäten überlagert. Afrika blieb sich weitgehend selbst überlassen in dem Bemühen, Auswege aus der militärischen Eskalation zu finden. So gab die südafrikanische Regierung ihre bisherige Zurückhaltung auf und entsandte im Rahmen der Bemühungen um eine dauerhafte Lösung des Bürgerkrieges in Burundi Ende Oktober erstmals ein eigenes Truppenkontingent außerhalb des südlichen Afrika.

### **Wahlen und innenpolitische Entwicklungen**

Im Verlauf des Jahres 2001 wurden in insgesamt zwölf Staaten des subsaharischen Afrika (damit also in einem Viertel der Staaten der Region) auf nationaler Ebene Präsidentschafts- und/oder Parlamentswahlen durchgeführt, wobei es in insgesamt drei Fällen zu einem Machtwechsel kam. Außerdem gab es in einigen weiteren Fällen noch Kommunal- bzw. Regionalwahlen oder Referenden, deren Bedeutung für eine Fundierung demokratischer Verhältnisse keineswegs übersehen werden sollte. Trotz der anhaltenden und natürlich keineswegs unberechtigten Kritik am vorherrschenden neopatrimonialen und klientelistischen Typ politischer Herrschaft in Afrika unterstrichen die friedlichen Machtwechsel bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen auf Kap Verde, bei den Präsidentschaftswahlen auf São Tomé sowie bei den Parlamentswahlen in Senegal, dass der Trend zur Verfestigung der generellen Demokratisierungstendenzen in Afrika seit 1989/90 trotz mancher Rückschläge ungebrochen war. Dennoch blieb festzuhalten, dass sich im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der Machtwechsel verringert hatte und dies trotz einer größeren Zahl von Wahlen. Denn bei den Präsidentschafts- und/oder Parlamentswahlen in Benin, Uganda, Tschad, Seychellen, Gabun, Gambia und Zambia gelang es den regierenden Kräften, bei den in Stil und Durchführung sehr unterschiedlich verlaufenen Wahlen, ihre Positionen durchweg zu verteidigen; bei der Präsidentschaftswahl in Madagaskar gab es bei Jahresende noch kein offizielles Ergebnis, doch zeichnete sich hier eine Niederlage des langjährigen Amtsinhabers ab. Damit unterstrichen diese Fälle erneut die Erfahrung der letzten Jahre, dass es trotz z.T. gegebener Konkurrenz in einem Mehrparteiensystem für die oppositionellen Kräfte weiterhin äußerst schwierig geblieben ist,

gegen die volle Auspielung der Vorteile der jeweils etablierten Kräfte einen grundlegenden Wechsel herbeizuführen.

Im Vorfeld der für das Frühjahr 2002 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen in Zimbabwe hat sich die internationale Aufmerksamkeit verstärkt der Wahlvorbereitungsphase zugewandt. Die Beispiele, wo ein unzufriedener Präsident einfach und offensichtlich die Wahlergebnisse fälscht, sind zum Glück rarer geworden. Aber das liegt weniger an einer neuen Begeisterung für die Demokratie als vielmehr daran, dass die heimlichen Manipulationen und Tricks im Vorfeld von Wahlen immer ausgeklügelter geworden sind. Aus demokratietheoretischer Perspektive war zudem bedenklich, dass die Staats- und Regierungschefs in Guinea, Malawi, Namibia und Zambia im Vorfeld von anstehenden Wahlen entweder offen mit dem Gedanken spielten, die Verfassung zugunsten eigener weiterer Amtszeiten zu ändern, oder diesen Gedanken auch in die Tat umzusetzen.

### **Die weitere Eskalation der Lage in Zimbabwe**

Weiter zugespitzt hatte sich im Berichtszeitraum die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Zimbabwe, das sich zudem weiter militärisch massiv in der DR Kongo engagierte. Zimbabwes Präsident Robert Mugabe setzte in der Innenpolitik seine bereits im Vorjahr sichtbar gewordene Strategie der direkten Einschüchterung der Opposition fort. Er schuf ein Klima der Rechtlosigkeit und fügte vor allem der Wirtschaft des Landes schweren Schaden zu. Die mit Hilfe von Geheimdienst und Armee mobilisierten ehemaligen Buschkämpfer hielten an dem Vorgehen der gewaltsamen Besetzung und Beschlagnahme von Landgütern der europäischstämmigen Großfarmer fest. Die Lage schien sich zu beruhigen, als Mugabe im September, nicht zuletzt aufgrund des Drucks der SADC-Partner wie der bi- und multilateralen Geber, in Abuja im Vorfeld des nächsten Commonwealth-Gipfels ein Abkommen unterzeichnete, in dem sich die Regierung Zimbabwes verpflichtete, die illegalen Landbesetzungen zu beenden und zu einem rechtsstaatlichen Verfahren zurückzukehren. Im Gegenzug verpflichtete sich Großbritannien, Geldmittel für den Landkauf zur Verfügung zu stellen. Aber bereits knapp zwei Monate später erließ Mugabe im November ein Dekret, mit dem die Befugnisse der nationalen Gerichte bei Landenteignungen aufgehoben wurden, um mit den angekündigten Enteignungen von rund 90% der Farmen im Besitz von Weißen fortfahren zu können. Aus dem innenpolitischen Kalkül der fortgesetzten Konfrontation und Polarisierung im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen war Mugabe an einer Deeskalation der Lage offensichtlich nicht interessiert und nahm die Proteste der westlichen Geber und der westlichen Presse nicht länger ernst.

### **Außerafrikanische Einwirkungen**

Während sich die britische Afrikapolitik vornehmlich auf Zimbabwe (und in zweiter Linie Sierra Leone) konzentrierte und auch über den Commonwealth-Kanal Einfluss auf Präsident Mugabe zu nehmen suchte (u.a. über eine Ausschusssitzung in Abuja, 6.9.), stand der Franko-Afrikanische Gipfel von Yaoundé (17.-19.1.) unter dem Motto "Afrika in der Globalisierung". Dieses Thema wurde freilich von der Tagesaktualität verdrängt, als im unmittelbaren Vorfeld Kabila senior einem Attentat zum Opfer fiel. Gewaltsame Konflikte und bilaterale Verstimmungen bestimmten damit auch diesen Gipfel und die französische Diplomatie gegenüber dem Kontinent. US-Außenminister Powell reiste nach Mali, Südafrika, Kenya und Uganda (23.-28.5.), was nicht darüber hinwegtäuschen konnte, dass der Kontinent wenig Priorität unter der neuen Administration genoss.

### **Reparationsforderungen und das Thema der Kindersklaven**

Auf der internationalen Ebene geriet im Zusammenhang mit der UN-Konferenz gegen Rassismus im südafrikanischen Durban (31.8.-7.9.) die afrikanische Forderung nach Entschädigungszahlungen für den Sklavenhandel in den Mittelpunkt des Interesses. Nachdem es wegen der Gleichsetzung von Zionismus mit Rassismus im Abschlussdokument zum Eklat kam, weil die amerikanische und die israelische Delegation die Konferenz verließen, blieben die Formulierungen in der Abschlusserklärung vage, weil u.a. nicht näher ausgeführt wurde, wie die ehemaligen Kolonialvölker Mittel und Wege finden sollten, um die "Würde der Opfer" wiederherzustellen. Von den Industrieländern wurden die impliziten Ansprüche auf Kompensationszahlungen strikt zurückge-

wiesen, da z.B. der arabische und der innerafrikanische Sklavenhandel der damaligen Zeit im Abschlussdokument mit keinem Wort erwähnt worden waren. Das Thema hatte bereits im April zu ungewohnter Aufmerksamkeit geführt, als UNICEF darüber berichtete, dass an Bord eines Schiffes vor der westafrikanischen Küste angeblich über 200 Kindersklaven gefangen gehalten würden (s. Artikel Westafrika, Zentralafrika). Die gegenwärtigen Formen von Menschenhandel, Sklaverei und der Ausbeutung von Kindern in Staaten wie Sudan sowie in West- und Zentralafrika waren danach wochenlang Thema in den westlichen Medien.

### **Gesamtafrikanische Organisationen und Beschlüsse**

Bei einem OAU-Sondergipfel (1./2.3.) in Sirte (Libyen) wurde über die konkrete Gestaltung der zukünftigen Afrikanischen Union (AU) beraten, die erstmals 1999 vom libyschen Revolutionsführer Qaddafi vorgeschlagen und beim vorjährigen OAU-Gipfel in Lomé im Prinzip bereits akzeptiert worden war. Auch der reguläre OAU-Jahresgipfel in Lusaka (9.-11.7.) stand dann ganz im Zeichen der Schaffung AU, nachdem mit der Ratifizierung des Gründungsvertrages durch Nigeria im Mai das notwendige Quorum von zwei Dritteln aller OAU-Mitglieder erreicht worden war. Das Sekretariat der OAU sollte sich innerhalb eines Jahres zur Kommission der AU wandeln, wobei außerdem die Schaffung eines Afrikanischen Rates, eines Ministerrates, eines Parlamentes, eines Gerichtshofes und einer Zentralbank vorgesehen waren. Auf dem 37. OAU-Gipfel wurde außerdem die Zusammenführung des "Omega-Plan" und des "Millennium Africa Recovery Plan" zur "New Africa Initiative" beschlossen, die dann schließlich am 24.10. in Abuja zur "New Partnership for Africa's Development" (NEPAD) mutierte. Amara Essy, der ehemalige Außenminister der Côte d'Ivoire, wurde in Lusaka zum neuen Generalsekretär der OAU als Nachfolger von Salim Ahmed Salim gewählt. Ihm fiel damit die Aufgabe zu, bis zum ersten AU-Gipfel in Durban im Jahr 2002 den Integrationsprozess unter neuen Vorzeichen voranzutreiben. International überzog jedoch bei weitem die Skepsis, dass die Schaffung neuer Gremien und die Umbenennung vorhandener Strukturen noch keine Lösung der gravierenden Probleme des Kontinents erbringen könnte. Außerdem war den meisten Beobachtern klar, dass der europäische Integrationsprozess - diesem Vorbild folgte die AU - unter Vorzeichen abläuft, die sich nicht einfach auf einen anderen Kontext übertragen lassen.

### **Die HIV/Aids-Pandemie im südlichen Afrika**

Große Aufmerksamkeit fand im Berichtsjahr erneut das ungeheure Ausmaß der HIV/Aids-Pandemie, die besonders im südlichen Afrika wütete. Nach Schätzungen entfielen 17 Mio. der bisher weltweit 22 Mio. Aids-Opfer auf Afrika, wobei nach neueren Angaben Botswana die weltweit höchsten Infektionsraten aufwies und in Südafrika die weltweit höchste Zahl von HIV-Infizierten lebte. Anders als im vergangenen Jahrzehnt war das Thema in Afrika allgegenwärtig. Die OAU beschloss auf einem Sondergipfel im April in Abuja im Vorfeld der Sondersitzung der UN-Generalversammlung zum Thema im Juni, dass ihre Mitglieder künftig 15% der Staatshaushalte für den Kampf gegen Aids, Tuberkulose und andere Infektionskrankheiten ausgeben sollten. Diese Ankündigung sagte jedoch vermutlich mehr über die bevorzugte Verwendung symbolischer Politik innerhalb der OAU aus, als dass damit wirkliche Umschichtungen in den Staatsbudgets zu erwarten wären. In Südafrika erzielten lokale NRO von Aids-Aktivistinnen nach umfangreichen und global beachteten Kampagnen im April einen Erfolg, als transnationale Pharmaziekonzerne ihre Klage gegen ein 1997 verabschiedetes, aber noch nicht in Kraft getretenes Gesetz fallen ließen, mit dem Produktion und Import von Generika gestattet worden wären. Südafrikas Präsident Mbeki blieb jedoch bei seiner umstrittenen Haltung, bei der er die Zentralität der Armutsbekämpfung beschwor und die Infektionswege in Frage stellte. So unterblieb in Südafrika auf Geheiß der Regierung weiter der Einsatz von Nevapirine, dem Medikament, mit dessen Hilfe die Übertragung des HI-Virus auf das Kind bei der Geburt verhindert werden kann, obwohl Nevapirine von der deutschen Herstellerfirma zunächst kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollte. Nigeria, das neben Südafrika größte und wichtigste Land des Kontinents, kündigte dagegen im September an, dass es als erster Staat Afrikas mit der Behandlung von HIV-Infizierten mittels Generika beginnen wollte. Innenpolitisch blieb die Situation in Nigeria dagegen weiter von Spaltungsproblemen überschattet, da es



im Zusammenhang mit der Einführung in Anwendung der Scharia in mehreren Bundesstaaten erneut zu gewaltsamen Vertreibungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Christen und Moslems und zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen kam.

### **Wirtschafts- und Entwicklungspolitik**

Laut *African Development Report* der ECA verlief die Wirtschaftsentwicklung im gesamten Afrika trotz negativer Vorhersagen nach dem 11. September (aufgrund niedriger Warenpreise, verringerten ausländischen Direktinvestitionen und vermindertem Zufluss von Privatkapital) besser als in allen anderen Entwicklungsregionen; die globale Verlangsamung des Wachstums hatte einen wesentlich geringeren Einfluss auf Afrika als erwartet. Allerdings war das durchschnittliche BIP-Wachstum von 3,9% im Vergleich zu 3,0% in 2000 (IWF-Angaben) wie immer geprägt von großen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern. Veränderte Warenpreise hatten gemischte Auswirkungen auf die Länder: Durch den Ölpreisanstieg profitierten die erdölproduzierenden Staaten, alle anderen Staaten, vor allem die ärmsten Länder des Kontinents, fanden entsprechend schlechtere Bedingungen vor. Auch die niedrigen Weltmarktpreise für Kaffee, Baumwolle und z.T. für Metalle wirkten sich eher negativ aus. Doch führte das weitgehende Ausbleiben ernsterer Dürre- und Flutkatastrophen im Berichtsjahr insgesamt zu einer verbesserten Produktion in der Landwirtschaft. Einzig Länder mit starkem Tourismussektor (z.B. Kenya) erlitten deutliche Ausfälle nach dem 11. September. Afrikas Exporte in die USA stiegen durch die Implementierung des *U.S. African Growth and Opportunity Act* (im Januar) weiter an. Während IWF und ECA für die *emerging markets* des Kontinents, zu denen südlich der Sahara nur Südafrika gerechnet wurde, ein deutliches Wachstum der Privatinvestitionen ausmachte und vor allem in politisch stabilen Regionen makroökonomische Fortschritte beobachtete, blieben ausländische Direktinvestitionen und Entwicklungshilfe auf den gesamten Kontinent gesehen niedrig. Trotzdem wuchs Afrikas Wirtschaft stärker als erwartet: Nur 16 afrikanische Staaten (Zahlen einschließlich Nordafrika) wiesen ein Wachstum unter 3% auf (im Vergleich zu 27 in 2000), die Zahl der Länder mit über 3% Wirtschaftswachstum stieg von 26 auf 37. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen stieg um 1,9% (2000: 0,7%), 30 Länder erfuhren ein Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens über 1,5%. Es war nicht zu übersehen, dass einige Länder seit einigen Jahren durchaus respektable Wachstumsraten vorweisen konnten. So wuchs z.B. das BIP Äquatorial-Guineas dank der Öleinnahmen weiter auf Rekordniveau, und Mosambik verzeichnete nach der Flutkatastrophe des Vorjahres im ersten Halbjahr eine Wachstumsrate von 15%, die aber durch die einsetzende Dürre in der zweiten Jahreshälfte bereits wieder gefährdet war. Gleichzeitig gab es Branchen, in denen weiterhin ein überdurchschnittliches Wachstum zu verzeichnen war, so z.B. in der Telekommunikationsindustrie oder im Bereich vieler Dienstleistungen. Allerdings sollte auch festgehalten werden, dass die großen Hoffnungen, die seit Mitte der neunziger Jahre mit der einsetzenden Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung verknüpft waren, vielfach enttäuscht wurden. Wenn die Wirtschaft kaum schneller als die Geburtenrate wächst, dann bleibt die spürbare Verbesserung des materiellen Lebensniveaus für viele Illusion. Das Entwicklungsziel der Halbierung der Armut bis 2015 wird auf Grundlage dieser Zahlen schwerlich zu verwirklichen sein.

Die externen Finanzzuflüsse - in Form von öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen, ausländischen Direktinvestitionen und privaten Bankkrediten - litten nach dem 11. September unter der sich abzeichnenden weltweiten Rezession. Zur Verbesserung der ohnehin schon schwierigen Wirtschaftslage des Kontinents konnten sie kaum mehr beitragen. Immerhin konnten bis zum Ende des Berichtsjahres 19 Staaten des Kontinents in die zweite Phase der HIPC-Initiative einbezogen werden, in deren Rahmen den hochverschuldeten armen Ländern messbare Schuldendiensterleichterungen gewährt wurden. Die besondere Bedeutung, die Weltbank und IWF der HIPC-Initiative beimessen, wurde u.a. durch den gemeinsamen Besuch der Direktoren der beiden wichtigen multilateralen Geberorganisationen im Februar in Mali, Nigeria, Tanzania und Kenya unterstrichen. Gleichwohl dürften sich nach den Erfahrungen der Vergangenheit die Hoffnungen als trügerisch erweisen, dass mit diesem konditionierten Schuldenerlass nunmehr die Weichen für eine deutliche Armutsreduzierung, für einen Handelsaufschwung und für mehr Wachstum gestellt wurden.

*Cord Jakobkeit*

**Chronologie Gesamtafrika 2001**

- 15.01. Feierliche Inauguration der neuen *East African Community* (EAC) in Arusha (Tanzania), 24 Jahre nach ihrem Scheitern
- 17.-19.01. 21. Franko-Afrikanischer Gipfel in Yaoundé (Kamerun)
28. 01. Präsentation des MAP durch Mbeki auf dem 31. Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums in Davos
- 18.-25. 02. Gemeinsame Afrikareise der Chefs von IWF und Weltbank, Köhler und Wolfensohn, nach Mali, Nigeria, Tanzania und Kenya: Treffen mit über 20 afrikanischen Staats- und Regierungschefs
- 01.-02. 03. 5. Außerordentlicher OAU-Gipfel in Sirte (Libyen) zur weiteren Vorbereitung der Afrikanischen Union
- 19.-22.03. AKP-EU Gemeinsame Parlamentarische Versammlung – 2. Sitzung in Libreville (Gabun)
- 10.04. 11. Gipfeltreffen der fünf portugiesischsprachigen Länder Afrikas (*Paises Africanos de Língua Oficial Portuguesa* - PALOP) nach neunjähriger Pause in Luanda (Angola)
19. 04. Rücknahme der Klage pharmazeutischer Unternehmer gegen die Regierung Südafrika wegen der geplanten Einfuhr von Generika zur AIDS-Behandlung
- 24.-27.04. OAU-Gipfeltreffen über HIV/Aids, Tuberkulose und andere Infektionskrankheiten in Abuja (Nigeria)
- 08.-10.05. 25. ECA-Ministerkonferenz, 34. Sitzung der Kommission in Algier (Algerien)
- 26.05. In-Kraft-Treten des "Constitutive Act" der AU einen Monat nach der Ratifikation durch Nigeria (erforderliche 2/3- Mehrheit gegeben)
- 29.-31.05. 36. Jahrestreffen der AfDB und 27. Jahrestreffen des ADF in Valencia (Spanien)
- 29.06. Vorzeitige Bestätigung einer 2. Amtszeit für UN-Generalsekretär Kofi Annan (Ghana)
- 09.-11.07. 37. OAU-Gipfel der Staats und Regierungschefs in Lusaka (Zambia); Themen: NAI, Implementierung der AU
- 09.-20.07. UN-Konferenz über den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten, New York
- 20.-22. 07. G8-Gipfel in Genua: Zusammentreffen der G8-Staats- und Regierungschefs mit afrikanischen Staatschefs, Zusage eines Gipfels mit Schwerpunkt Afrika
- 24.08. Gründung einer Risikoversicherung gegen Putsch oder Bürgerkrieg (*African Trade Insurance Agency*) durch sieben Länder Ost- und Zentralafrikas (Sitz: Nairobi).
- 31.08.-8.09. UN-Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz in Durban (Südafrika)
- 06.09. Treffen des Komitees der Commonwealth-Außenminister zu Zimbabwe in Abuja, Nigeria (Teilnehmer Australien, Großbritannien, Jamaika, Kenya, Südafrika, Zimbabwe und der Commonwealth-Generalsekretär)
- 22.-23. 09. 4. Ordentliche Sitzung der Handelsminister der OAU/AEC in Abuja, Nigeria: u.a. Koordinierung der Positionen zum 4. WTO-Ministertreffen in Doha (Qatar)
- 02.10. 2. EU-AKP-Handelsministerkonferenz in Nairobi
- 11.10. 2. EU-Afrika-Ministerkonferenz in Brüssel
- 25.-26.10. Plenarversammlung der *Global Coalition for Africa* (GCA) in Gaborone (Botswana)  
Thema: "Privatsektor und afrikanische Entwicklung"
- 29.10.-01.11. AKP-EU Gemeinsame Parlamentarische Versammlung: 3. Sitzung im Europäischen Parlament, Brüssel
- Nov. Maßnahmen der US-Regierung gegen Somalia im Zusammenhang mit den Terroranschlägen vom 11. September
- 20.12. Tod des ehemaligen Staatspräsidenten Senegals, Leopold Sédar Senghor

## Deutsch-afrikanische Beziehungen

Die deutsche Afrikapolitik war im Berichtsjahr recht aktiv, wengleich sich die vielerorts konstatierte Aufbruchstimmung des Vorjahres etwas relativiert hat. Dennoch waren Intensität und Niveau der afrikapolitischen Debatten in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der neunziger Jahre als vergleichsweise hoch zu bewerten. So wurde in zahlreichen politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen die im Vorjahr angestoßene Neubestimmung afrikapolitischer Positionen fortgesetzt und konkretisiert. Der Bundestag debattierte am 18.1. zum dritten Mal binnen Jahresfrist über Afrika und verabschiedete mit den Stimmen der Regierungskoalition den Antrag "Afrikas Entwicklung unterstützen". Bundespräsident Rau betonte vor dem Diplomatischen Korps die Bedeutung der Entwicklungspolitik und die Aktualität des Berichts der "Nord-Süd-Kommission" Willy Brandts (19.1.). Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen würdigte das von Nigeria und Südafrika vorgeschlagene "Millennium African Renaissance Programme" (MAP) mit einem deutsch-afrikanischen Symposium (4.4.); die CDU lud zur Fachtagung "Menschenrechte in Afrika" (7.5.). Derartige Bemühungen, einen Gegentrend zu dem weit verbreiteten entwicklungspolitischen Fatalismus zu setzen, erhielten im Herbst durch die *New Partnership for Africa's Development* (NEPAD) afrikanischer Regierungschefs zusätzlichen Auftrieb (vgl. Themenschwerpunkt in diesem Jahrbuch). Diesen standen aber auch 2001 mitunter empfindliche Rückschläge bei der demokratischen Konsolidierung und der wirtschaftlichen Stabilisierung Afrikas entgegen. In der breiten Öffentlichkeit krankte die Thematisierung Afrikas nach wie vor an einer wenig differenzierenden Wahrnehmung des Kontinents als Heimstätte von Krisen und Katastrophen. In Folge der alles weitere Weltgeschehen überlagernden Ereignisse des 11. Septembers (Terroranschläge in New York und Washington) konzentrierte sich die westliche Aufmerksamkeit für Afrika zeitweise fast ausschließlich auf Somalia und dessen eventuelle Verstrickung in die Netzwerke des internationalen Terrorismus islamistischer Prägung. Dies betraf mittelbar auch die deutsche Außenpolitik. So entsandte die Bundesregierung im Dezember die Bundesmarine in Küstengewässer am Horn von Afrika als Beitrag zur US-geführten "Allianz gegen den Terror". Parallel betonten Entwicklungs- und Sicherheitsexperten aller Parteien die komplexen Zusammenhänge von Armut und Unterentwicklung einerseits und Empfänglichkeit für fundamentalistische Ideologien sowie Bereitschaft zu menschenverachtendem Terrorismus andererseits. Die alte These, wonach Entwicklungspolitik maßgeblich auch interessengeleitete Sicherheitspolitik sei, bekam so tagespolitische Aktualität. Eine dem gegenüber konsequente Aufwertung entwicklungspolitischer Bemühungen seitens der Bundesrepublik oder der EU stand bislang aus. Statt dessen blieb die Afrikapolitik der Regierung im operationalen Bereich der allgemeinen Spar- und Konsolidierungsprämisse des Finanzministeriums unterworfen. Angesichts der traditionell knapp bemessenen Haushaltsmittel für das Entwicklungsressort blieb der afrikapolitische Handlungsspielraum eng begrenzt. Kritikern des Sparkurses aus der entwicklungspolitischen Lobby begegnete die Regierung öffentlichkeitswirksam mit der 2000 begonnenen Implementierung der Entschuldungsinitiative zugunsten der ärmsten hochverschuldeten Länder (HIPC), die überwiegend afrikanische Staaten betrifft.

Inhaltlicher Höhepunkt der deutschen Afrikapolitik im Berichtszeitraum war der Afrika-Tag des BMZ am 3.5. in Bonn. Bundesministerin Wieczoreck-Zeul betonte dort die Bedeutung entwicklungspolitischer Maßnahmen als Gestaltungselement einer strategisch orientierten deutschen Afrikapolitik. Der Afrika-Tag wurde flankiert von der Präsentation eines im Vorjahr von Bundesaußenminister Fischer in Auftrag gegebenen Strategiepapiers des Auswärtigen Amtes zum Südlichen Afrika (11.4.) sowie dem im Mai veröffentlichten Grundsatzartikel Wieczoreck-Zeuls "Die afrikanische Herausforderung - Eckpunkte einer strategischen Afrikapolitik". Regierungsamtslich sorgte die Ernennung der Parlamentarischen Staatssekretärin im BMZ Uschi Eid zur persönlichen Afrika-Beauftragten des Bundeskanzlers (2.10.) in Folge des G8-Gipfels von Genua (20.-22.7.) für Aufsehen. Dort hatten die Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten beschlossen, hochrangige Persönlichkeiten zur Erarbeitung eines Afrika-Aktionsplans zur Vorlage beim G8-Gipfel im Juni 2002 in Kanada zu benennen. Zuvor hatte Eid bereits gemeinsam mit Bundesgesundheitsministerin Schmidt die Bundesregierung bei der Sondertagung der UN-Generalversammlung zum Thema Aids/HIV vertreten (25.-27.6.).

Die überdurchschnittliche Afrika-Reisetätigkeit hochrangiger Regierungsmitglieder im Vorjahr wiederholte sich erwartungsgemäß nicht. Außenminister Fischer vertrat die Bundesregierung bei der Rassismus-Konferenz der Vereinten Nationen im südafrikanischen Durban (31.8.-7.9.). Bundesministerin Wieczorek-Zeul besuchte Malawi und Südafrika (21.-25.8.) zur Vorbereitung bilateraler Regierungsverhandlungen und um mit dem neuen Vorsitzenden der SADC, dem malawischen Staatspräsidenten Bakili Muluzi, über gemeinsame Friedensbemühungen in aktuellen Regionalkonflikten (DR Kongo, Angola, Zimbabwe) sowie über eine engere Kooperation zwischen Deutschland und der SADC zu beraten. Ferner bereitete das Bundespräsidialamt eine zweiwöchige Afrikareise des Bundespräsidenten Johannes Rau vor, der im Januar 2002 Mali, Senegal und Südafrika besuchen sollte. Im Mittelpunkt eines Arbeitsbesuchs des südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki, der am 28.6. in Berlin mit Bundeskanzler Schröder und Bundespräsident Rau zusammentraf, standen der sog. "Millennium African Recovery Plan", ein südafrikanischer Vorläufer der panafrikanischen NEPAD-Initiative, und das Problem der Aids-Bekämpfung.

Die im Oktober 2000 durch ein "Memorandum zur Neubegründung der deutschen Afrikapolitik" (Engel et al. 2000) von einer Gruppe deutscher Afrika-Wissenschaftler ausgelöste Kontroverse um Inhalte, Zielsetzungen und Glaubwürdigkeit der deutschen Afrikapolitik dehnte sich im Berichtszeitraum aus und nahm mitunter polemische Züge an. Auf dem Afrika-Tag des BMZ wurde deutlich, dass das "Memorandum" zumindest eine erhebliche Belebung der afrikapolitischen Diskussion in Deutschland bewirkt hat.\*

### **Generelle außenpolitische Beziehungen und europäisch-afrikanische Beziehungen**

Friedenssicherung, Krisenmanagement und Konfliktbewältigung sowie Demokratie und Menschenrechte blieben die Arbeitsschwerpunkte der deutschen Afrikapolitik. Zur Verfolgung dieser Ziele strebte das Auswärtige Amt insbesondere eine Stärkung der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) an, deren kontinentaler Bedeutung Außenminister Fischer eine solidaritäts- und identitätsstiftende Rolle beimisst. In diesem Sinne wurde die am 11.7. von der OAU beschlossene Umwandlung in eine Afrikanische Union nach dem Vorbild der EU von der Bundesregierung ausdrücklich begrüßt, wenngleich die Erfolgchancen einer AU skeptisch eingeschätzt wurden. Einen aktiven Beitrag zur Konfliktbewältigung leistete das Außenministerium am 26.11. mit der Bereitstellung von 20 Spezialisten des THW und DM 6 Mio. für 2001 und 2002 im Rahmen der *United Nations Mission in Sierra Leone* (UNAMSIL).

Von herausragender Bedeutung für die deutsch-afrikanischen Beziehungen blieb die Vertragspartnerschaft zwischen der EU und den AKP-Staaten. So schuf das Bundeskabinett mit einem Gesetzentwurf zum 5. Lomé-Nachfolgeabkommen (Cotonou-Abkommen) die innerstaatlichen Voraussetzungen zu dessen Ratifizierung (18.7.). Zu den zentralen Neuerungen des Abkommens gehört die institutionelle Verankerung des politischen Dialogs auf allen Ebenen der zuvor fast ausschließlich ökonomisch orientierten Lomé-Vereinbarungen. Der Kern des Abkommens betrifft gleichwohl die Handelspolitik. Insbesondere sollen die AKP-Staaten bis 2008 in das Allgemeine Präferenzsystem der EU einbezogen und einseitige EU-Präferenzen durch regionale Freihandelsabkommen ersetzt werden, um zukünftig Konflikte mit dem Welthandelsregime der WTO zu vermeiden. Für die erste Finanzierungsphase (2000-2005) sagte die EU € 15,2 Mrd. für den 9. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) zur Umsetzung des Cotonou-Abkommens zu; die Bundesrepublik ist daran mit € 3,22 Mrd. beteiligt. Im Rahmen des Welthandelsregimes einigten sich die EU-Kommission und die USA (10.4.) unter Zustimmung Ecuadors (30.4.) im jahrelangen Streit um EU-Bananenimporte aus den AKP-Staaten. Die EU verpflichtete sich, bis 2006 für ihre Bananenimporte ein reines Zollsystem einzuführen, im Rahmen dessen den AKP-Staaten eine Zollpräferenz eingeräumt wird. Für die seit 1.7. geltende Übergangsphase wurden die bisherigen Einfuhrkontingente festgeschrieben.

Wie schon im Vorjahr äußerte sich das AA wiederholt zu den illegalen Landbesetzungen in Zimbabwe und verurteilte die von der Regierung Mugabe sanktionierten Gewalttaten sog. Kriegsveteranen sowohl bilateral als auch über die EU. Insgesamt verfestigte sich in Deutschland der

\* Umfassend dokumentiert in Cord Jakobit/Heribert Weiland (Hg.): Das Afrika-Memorandum und seine Kritiker; Institut für Afrika-Kunde, Hamburg 2002.